

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 7.

Freitag am 10. Jänner

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto-frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inserationsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inierate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Insetionsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Amtlicher Theil.

K u n d m a c h u n g.

Laut Mittheilung des k. k. Oberlandesgerichtes in Klagenfurt vom 27. December v. J., Z. 4180, hat die Advocaten-Kammer zu Laibach den Herrn Dr. Maximilian Wurzbach zu ihrem Präsidenten, dann die Herren Doctoren Johann Oblak, Blasius Dvornik, Matthäus Kautschitsch und Anton Rackals ständige Ausschussmitglieder derselben gewählt.

Laibach, am 6. Jänner 1851.

Gustav Graf Chorinsky m. p.  
Statthalter.

Von den k. k. Grundentlastungs-districts-Commissionen im Kronlande Krain ist die Entlastungs-Behandlung im Monate December 1850 bezüglich der Urbariallasten bei folgenden Gutskörpern durchgeführt worden:

Bei den Herrschaften: Gottschee (I. Abtheil.) Gallenberg, Egg ob Podpetch, Commenda St. Peter, Sonnegg u. Kalltenbrunn. — Bei den Gütern: Lustthal, Mannsburg, Schrottenturm, Freudenau, Wagensberg, Birkenhof, Winkel, Grundelhoff, Poganig, Gritsch, Neuhof, Altenburg, Poganig, Semitsch, Thurnau und Rosenegg. — Bei der Stadt und dem Stadtkammeramte Krainburg, bei der Probsteigült Radmannsdorf, bei den Höfen Mannsburg und Dragomet, bei der Portner'schen Fideicommissgült, bei der Spitalgült Rudolphswerth, bei den Gütern Senizb, Trebesch, Stangen, Kenzenberg, Podraga, Pottok und bei der Laurin'schen Gült in Wippach. — Bei den Pfarrhöfen zu: Preschgain, Altenmarkt, Semitsch, Gottschee, Slavina, Zirklach, Kolovrat, Utlack und Höttsch. — Bei den Pfarrkirchen zu: Utlack, Zirklach, Duplah, Slavina, Neustadt und Preschgain; — ferner bei dem Skerl'schen Benefizium zu Tschernembl, bei dem Kozian'schen Benefizium zu Boinavaß, bei der Benefiziumsgült zu Zoll und endlich bei den Fialkirchen zu Mautersdorf, Kozbe, Martinsberg, Stefansberg, Ullrichsberg, Dberfernig, Unterfernig, Kreuzberg, Unterfeuchting, Safnik, Ehrengruben, Kerstetten und Sittichsberg.

In Betreff des Lehents wurde die Entlastung durchgeführt:

Bei den Gütern Poganig und Winkel. — Bei den Pfarrhöfen zu Vodiz, Apling und Preschgain. — Bei der Pfarrkirche zu Slavina. — Bei dem Benefizium B. M. V. A. St. Kat. zu Lees. — Bei der Baumkirchnersturm-Stiftscaplanei zu Wippach. — Bei der Fialkirche zu Mautersdorf und in Rücksicht der Lehentrechte des Johann Schibert, Johann Suppan und Gregor Novak.

Die Laudemien wurden liquidirt:

Bei den Herrschaften: Kroisenbach und Treffen. — Bei den Gütern: Winkel, Weixelbach, Poganig und Sanitschhof. — Bei der Florian'schen Gült zu Krainburg. — Bei den Pfarrhöfen: Koschana, Slavina und Preschgain. — Bei den Pfarrkirchen: Slavina und Koschana. — Bei der Caplaneigült zu Rassenfuß und endlich bei den Fialkirchen zu Tschepno, Neverke, Kal, Schillertabor, Nadainesello, Derzkouze, Parje, Snuze, Rodockendorf, St. Peter, Dorn und Mautersdorf.

Die aufgeführten bezugsberechtigten Körper

umfassen (ausschließlich der Laudemien) im Ganzen 8604 verpflichtete Realitäten, wovon jedoch 268 nur mit unentgeltlich entfallenden Leistungen belastet waren.

An Entschädigungscapitalien wurden 361.844 fl. 30 kr. ausgemittelt. Hiervon entfallen auf die gegen billige Entschädigung aufgehobenen Leistungen . . . 349.266 „ 30 „ Auf die Laudemien aber . . . 12.578 „ — „

Von dem auf die Verpflichteten entfallenden Capitalantheile pr. 174.633 fl. 15 kr. wurden 4027 fl. 32 kr. zur sogleichen Bezahlung angemeldet.

Die liquidirten Rückstände vom Rechnungsjahre 1848 betragen 18.638 fl. 38 $\frac{3}{4}$  kr., wovon 616 fl. 48 kr. zur sogleichen Bezahlung angemeldet wurden.

An dem dargestellten Resultate haben die Districts-Commissionen zu Stein, Gottschee, Laibach und Krainburg einen vorzüglichen Antheil.

Die Zusammenstellung des gesammten im Jahre 1850 erzielten Resultates läßt erkennen, daß die Entlastungsverhandlungen im Kronlande Krain bei 444 Bezugsberechtigten mit 33.191 Verpflichteten gepflogen worden sind.

Die bisher ermittelten Entschädigungscapitalien betragen im Ganzen 1.478.345 fl. 15 kr. welchen eine Rente von 73.917 „ 15 $\frac{3}{4}$  „ gegenüber steht.

Von jenen Capitalien enthalten:

- 1) Auf die gegen billige Entschädigung aufgehobenen Leistungen . . . 1.448.740 fl. — kr.
- 2) Auf die Laudemien . . . 29.457 „ 30 „
- 3) Auf die ablösbaren Leistungen . . . 147 „ 45 „

Zusammen 1.478.345 fl. 15 kr.

Die bisher entzifferten Rückstände vom Rechnungsjahre 1848 betragen 74.433 fl. 48 $\frac{3}{4}$  kr.

Von der Landes-Commission sind im Monate December 42, im Jahre 1850 überhaupt aber 218 Urbarial-Lehent- oder Laudemial-Operate ihrer Erledigung zugeführt worden.

Laibach, am 3. Jänner 1851.

Vom Präsidium der k. k. Grundentlastungs-Landes-Commission für Krain.

## Nichtamtlicher Theil.

Die deutsche Frage.

III.

(Fortsetzung).

Was hatte nun Preußen zu solchen Mißgriffen verleitet? Preußen, erst in Deutschland aufgegangen, wollte im Widerspruche damit eine selbstständige Politik führen, und diese bot ihm zunächst die dänische Affaire, ein Krieg, den Preußen führte gegen sein wahres Interesse, das an Dänemark einen nützlichen Bundesgenossen bedurfte, ohne eigentlich zu wissen, zu welchem Ende. Und wie wurde diese Sache geführt? Hören wir die Brochure:

„Unsäglich erbärmlich hat man diese Angelegenheit geführt. Zwei Mal sind Reichstruppen nach Dänemark gezogen, die Preußen voran; zwei Mal sind unsere Küsten blockirt, zwei Mal hat man Blut

und Geld geopfert. Und wo sind wir? Bei dem status ante, d. h. bei dem Stand der Controverse.

Ja von einer andern Seite stellt sich's noch viel trauriger dar!

Indem nämlich Preußen den Krieg übernahm, gab es der schleswig-holstein'schen Bewegung Aufschwung, während sie sonst wohl durch dänische Uebermacht im Keime erstickt wäre, und dann hätte das arme Land doch Ruhe. Statt dessen haben wir die Bewegung befördert, und hinterher lassen wir die Leute im Stich, daß ihnen besser gewesen wäre, wir wären nie gekommen. Und wie bald werden auch noch deutsche Truppen einrücken, um die Schleswig-Holsteiner, denen sie früher gegen Dänemark beigefanden, jetzt für Dänemark zu unterwerfen. Dann werden sich diese Truppen „Bundestruppen“ nennen, früher hießen sie „Reichstruppen“, und die Diplomaten werden leicht beweisen, daß es jetzt eine ganz andere Sache ist. Aber diese Distinctionen sind nicht für das Gefühl eines Volkes, welches solches Verfahren einfach als Verrath empfindet.

Darum soll man nicht mit Volksgefühlen spielen. Ein Volk erträgt viel; wenn man aber selbst sein Bewußtseyn verwirrt, heute den Patriotismus für eine Sache aufruft, und hinterher dieses Gefühl für Aufruhr erklärt, dann wundere man sich nicht, daß dieses Volk an allen sittlichen Ideen irre wird.

Drei Mal unglückliche Sache! Und wer mag sie bessern, nachdem die Zeit dazu versäumt ist? Es war im Frühjahr 1848, wo wir sie durch eine rasche Wendung entscheiden konnten, wie es uns zumutet. Statt dessen gehen wir in Deutschland auf, operiren aber höchst schwächlich am Belt. Der eine und selbe Hr. v. Arnim hat das angestiftet.

Es gibt im Staatentleben Augenblicke, wo sich die Zukunft öffnet, und vieles zu erreichen steht, viel auf dem Spiele; ein falscher Schritt, und Alles ist verloren. Dann geschehen Dinge, — man kann sie nicht ändern, ob das Herz darüber bricht. Staaten sind schwerfällige Massen. Ein Mal in Bewegung gesetzt, drängen sie in ihrer Richtung fort, zermalmend, was ihnen in den Weg tritt. Es ist nicht anders.

Jetzt ist die Periode der Reaction. Und seyd Ihr Narren gewesen zur Zeit der Action, so zeigt denn wenigstens Weisheit in der Reaction! Klebt Euch Masken vor die Gesichter, damit man Eure Scham nicht sieht, und marschirt gegen Holstein; Aber werdet endlich Männer; denn Politik ist keine Burschenschafterei!“

Nicht minder überzeugend beleuchtet das Schriftchen die Inconsequenz der preußischen Politik, in anderen Fragen, in dem Streben nach einer preußischen Kaiserkrone, die man erstrebt — wieder ausschlägt — ein Kaiserthum, das man aus den Händen des Parlaments verschmäht, bald darauf aber mutato nomine in der Union wieder begründen will.

„Sublime Erfindung!“

Es sah so freiwillig aus, kein Wort von Zwang. Wozu auch? Schienen doch die Umstände um so zwingender. Die brauchte man nur wicken zu lassen. Der Ausstand in Sachsen, Baden und Pfalz machte die Souveränitäten mürbe, und wo Alles auf dem Spiele steht, ist man zu Allem bereit. Da stand nun die Union wie eine Mäusesalle. Die Maus

will nicht hinein. Doch ach, sie hört den Kater schnurren, und aus Furcht läuft sie doch wohl hinein. —

Welch' unwürdige Politik, auf die Verlegenheiten seiner Nachbarn zu speculiren!"

Der Abfall der einzelnen Bundesglieder von dieser Union, und ihr Anschmiegen an Oesterreich, sobald dieses durch Befiegung des Aufstandes in Ungarn wieder gekräftigt war, der Widerspruch, der darin lag, einerseits die Berechtigung zur Bildung eines Separat-Bündnisses behaupten, und einem gleichen Separat-Bündnisse der andern deutschen Staaten in Hessen entgegenzutreten, und so viele andere Inconsequenzen der Männer, welche die Politik Preußens leiteten, finden ihre gleich einleuchtende Mißbilligung.

(Fortsetzung folgt.)

## Dringende Wünsche.

### IV.

Laibach, am 9. Jänner

— Dr. K. — Fast täglich laufen von den verschiedensten Seiten „dringende Wünsche“ ein, so, daß es kaum möglich ist, alle dieselben zur Deffentlichkeit zu bringen; und während uns diese vertrauensvolle Theilnahme von Seite unserer Mitbürger freuet und ehret, müssen wir uns vor der Hand auf die wahrhaft dringenderen beschränken. So wurden uns gestern von mehreren sehr achtbaren Männern Wünsche hinsichtlich der Fleisch-Ausschrottung überreicht, die wir um so mehr als höchst dringend hinstellen, weil darüber die Klagen in der That allgemein, und dieser Gegenstand für alle Classen der Bevölkerung, vorzugsweise aber für die ärmere, von Wichtigkeit ist.

Die Klagen über die übertriebenen Forderungen der Fleischer sind nicht neu; schon im J. 1810 sah sich die Stadt Laibach genöthiget, den Fleischverkauf an Wochenmärkten frei zu geben; eine Anordnung, die sich bis jetzt als wohlthätig und zweckmäßig für die Bewohner erwiesen hat. Der Wunsch nach Freigebung der Fleischauschrottung hat sich in letzterer Zeit in der ganzen Monarchie kundgegeben, und in Wien, Linz, Görz &c. ist er bereits realisirt worden. Ueber den freien Verkauf des Fleisches ist von vielen Seiten schon so Vieles geschrieben worden, daß man sicherlich in dieser Frage schon klar sehen kann, und wir erklären uns unbedingt für die Freigebung; denn je größer die Concurrenz, desto besser für den Consumenten, und wir theilen durchaus nicht jene beängstigende Furcht, daß in einem solchen Falle es sich ereignen könne, daß kein Fleisch vorhanden seyn wird. Wir haben auch einen factischen Beleg für unsere Ansicht vor den Augen, wenn wir die große Wohlthat des Freiverkaufes von Kalbfleisch, welches keinem Tarife unterliegt, betrachten. Wäre der Verkauf desselben bloß in den Händen unserer heimischen Fleischer, so würden wir dasselbe vergangenen Sommer schwerlich größtentheils um 10 oder 12 Kreuzer genossen haben, sondern wir hätten darauf gefaßt seyn müssen, es zu 15, 18, auch 20 Kr. zu bezahlen, weil ja die hiesigen Fleischer ihren Kalberbedarf vielfältig aus dieser Quelle beziehen. Je mehr Hände aber ein Artikel passirt, desto theurer wird er, da ja Jeder seinen Gewinn dabei haben will und muß; nur soll der Gewinn auf Kosten der Armen nicht ein übertriebener seyn. Beklagt sich der Unbemittelte, der kaum sein Psund Fleisch kaufen kann, über schlechtes Gewicht, über Zuwage und zu viel Knochen, so wird er mit Grobheiten überhäuft, fortgewiesen, und ein anderes Mal bekommt er gar nichts.

Diejenigen, welche größere Einkäufe machen, bezahlen nicht selten das Fleisch höher als die Saugung ist, und bekommen deshalb das Beste; warum aber soll manches alte Mütterchen, das ihre Kreuzer zusammenspart, um täglich eine Suppe zu haben, den Grobheiten und Brutalitäten einiger weniger Fleischer für ihr ehrliches Geld ausgesetzt seyn? Wo ist da die Marktpolizei?

Gegenwärtig ist der Preis des Rindfleisches in der Umgebung Laibach 8 Kr., und hier in der Stadt 11 Kr.; wer das Fleisch ohne alle Zuwage haben will, bezahlt es zu 13 oder 14 Kr.; ein Preis, der um so übertriebener erscheint, wenn man jenen der Umgebung und der Stadt Graz ohne Zuwage (11 Kr.) berücksichtigt. In Stein und Krainburg kostet es 7½ Kr., in der Schischka 8 Kr., Lungbraten kostet in Laibach 14 Kr., und bei den Fleischern, die es vom Lande hereinbringen, 10 Kr. (vor kurzer Zeit noch 9 Kr.). Die auswärtigen Fleischer sind daher die einzigen, welche der minder bemittelten Classe einen Vortheil gewähren, weil diese vorschriftsmäßig das Fleisch um 1 Kr. unter dem Tarife ausschrotten müssen, auch die besseren Theile um keinen höheren Preis verkaufen, und Gottlob! die Grobheiten der Stadt-Fleischer noch nicht erlernt haben. Denn redlich und theuer zahlen, und Grobheiten anhören müssen, — das ist doch zu viel!

Was die Sanitäts-Rücksichten betrifft, so sind dieselben jedenfalls strengstens zu handhaben; allein nicht bloß bei den fremden, auch bei den heimischen. Besonders aber sollen die bestehenden Polizeimaßregeln hinsichtlich des richtigen Gewichtes, der Zuwage und der Ueberschreitung des Tarifes strenger gehandhabt werden.

Der Hauptgrund der so vielen Unzufömmlichkeiten liegt darin, daß die Fleischer gegenwärtig weder eine Controlle haben, noch eine fürchten!

Dies sind die Wünsche des größten Theils der Bevölkerung Laibachs; und wir wollen hoffen, daß diese Wünsche nicht so unberücksichtigt gelassen werden, wie jene wegen der Straßenbeleuchtung — in welchem Punkte bis jetzt noch immer gar nichts gethan wurde — und der Straßenreinigung. Wir fragen: Warum wird für die Beleuchtung nichts gethan, da doch die Klagen darüber allgemein sind? Wie oft wird man auf diesen Gegenstand noch zurückkommen müssen, denn wir fühlen uns verpflichtet, Berücksichtigung so allgemeiner Klagen energisch zu verlangen.

## Correspondenzen.

Pesth, 6. Jänner.

In dem ziemlich langen Zeitraume, wo meine Correspondenz unterbrochen blieb, haben sich Reformen ergeben, die auf den größten Theil des Publikums unserer Schwesterstädte beängstigend einwirkten. Die Steuern und Monopole, mit ihrem größeren oder minderen Drucke, stehen uns nun zuverlässig bevor, und was noch vor Kurzem Viele kleingläubig belächelten, findet sich jetzt bewahrheitet. Die Gefällenswache ist in voller Thätigkeit, hat jedoch eine ziemlich unangenehme Stellung, da sie unsere Bier- und Branntweinerzeuger nicht nur, sondern fast das Gesammtpublicum als die Boten einer Theurung betrachten; man muß ihnen aber das Lob ertheilen, daß sie ein musterhaft besonnenes Benehmen zeigen, daß wohl im Kurzen das Publicum sich mit ihnen versöhnen dürfte.

Unsere Tabakfabrikanten und Händler sind auf das Monopol nicht gut zu sprechen, da ihnen in jeder Beziehung Verluste erwachsen; die Deputation, welche in dieser Angelegenheit nach Wien ging, soll ein sehr unbefriedigendes Resultat mitgebracht haben, da an Hinausschiebung des Monopols nicht zu denken ist.

So würde denn mit dem Monat März, dem historisch-bedeutungsvollen, das Besteuerungssystem in ganz Ungarn geltend gemacht, ein System, das dem Staate Millionen abwirft, und mit dazu beitragen wird, den Credit Oesterreichs aufs Neue zu heben.

Sonderbarer Weise lebt man hier in dem Wahne, das Aerar werde die Tabak- und Cigarrenpreise unverhältnißmäßig erhöhen, und Viele kaufen sich enorme Quantitäten von diesen Artikeln an, ohne zu bedenken, daß sie sich nach Einführung des Monopols der Gefahr aussetzen, in eine Gefällensstrafe zu verfallen.

Die Regelung unseres Polizeiwesens ist eine

eben so wichtige, als willkommene, und es dürfte zunächst die Hauptaufgabe der Polizeidirection seyn, unsere Sicherheitsverhältnisse günstiger zu gestalten; wir meinen aber nicht bloß die Diebe, sondern die enorme Zahl der Betrieger. Pesth, mehr aber noch Ofen, ist in mancher Beziehung eine wahre Cloake!

Die Eisenbahnfahrt von hier nach Wien befördert einerseits unsern Verkehr, andertheils beeinträchtigt sie unsere Manufactur, daß man sich derlei Artikel weit wohlfeiler aus der Residenz bringen lassen kann. Uebrigens ist die Personenfrequenz nicht so bedeutend, als man sich vorstellte, woran die gegenwärtige Jahreszeit freilich auch Schuld trägt. Der Preis der einzelnen Plätze soll, wie man für gewiß behauptet, mit 1. März erniedrigt werden, was in jeder Hinsicht zu wünschen ist.

## Oesterreich.

Wien, 8. Jänner. Se. Majestät der Kaiser hat die vom Herrn Justizminister unterbreitete Organisation der Gerichtsbehörden in Lombardo-Venetien genehmigt.

— FML. Baron Legebitsch ist am 5. mit zwei Bataillons in Kassel eingerückt.

— Der wohlunterrichtete „Constitutionel“ brachte vor einigen Tagen einen Artikel über die Dresdner Conferenzen, worin unter andern über die Haltung der Regierungen von München, Stuttgart, Hannover und Dresden den beiden deutschen Großmächten gegenüber Aufschluß gegeben wird. Alle Vier seyen von der Nothwendigkeit überzeugt, bei Conferenzen zusammen zu halten. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgende Punkte geeinigt, die sie als Grundlage der Verhandlungen ihren Bevollmächtigten mitgegeben:

1) Kein doppeltes Protectorat in Deutschland, folglich keine Einsetzung einer Excutivgewalt, an welcher Preußen und Oesterreich nur allein Antheil nehmen werden; 2) die geographische Ausdehnung des neuen Bundesstaates wird so seyn, wie sie durch den Art. 1. der Bundesacte von 1815 festgesetzt ist. Oesterreich soll keineswegs mit seinen nichtdeutschen Kronländern in den Bundesstaat eintreten; 3) über der neuen Centralgewalt wird es eine Volksvertretung geben, welche aus den abgesandten Mitgliedern der Kammern aller einzelnen Staaten zusammengesetzt seyn wird; 4) es wird ein höchstes Gericht für den ganzen Bundesstaat eingesetzt.

— Man schreibt dem „N. P.“ aus Aleppo, daß die Unterhandlungen, wegen Freilassung Kosuths noch immer fort dauern, da ihn Oesterreich noch länger internirt wissen will. Bem scheint sich nicht viel darum zu kümmern, er baut hier eine Waffenfabrik und scheint ganz zufrieden zu leben.

— In Verona sind in der Nacht vom 31. Dec. zahlreiche Verhaftungen in Folge unerlaubter Versammlungen und politisch bedenklicher Zusammenkünfte vorgenommen worden.

— Zu Brunnersdorf in Böhmen wurde am 29. v. M. der Todtengräber verhaftet, weil er mehrere Leichen beraubt hatte.

— Der Herr Justizminister hat die Einrichtung getroffen, daß ungarische Juristen, die sich dem Richteramt widmen, Stipendien erhalten werden, um in der Lage zu seyn, sich in Wien für ihren künftigen Beruf auszubilden.

— Dem Benehmen nach sind sämtliche Lehrer aus dem Piaristenorden binnen einer Frist von zwei Jahren verpflichtet, die Lehramtsprüfung abzulegen.

— Am 4. d. M. wurde in Graz die erste theoretische Staatsprüfung, u. z. in der judiciellen Abtheilung unter dem Vorsitze des Generalprocurators Dr. Keiner abgehalten. Der Candidat Johann Pichler wurde mit dem Calcül „ausgezeichnet“ für befähigt erklärt. Die Prüfung wurde in dem großen Assisensaale vorgenommen. Die zahlreich versammelten Zuhörer folgten dem Gange der Prüfung mit gespannter Aufmerksamkeit.

**Wien**, 8. Jänner. Ueber die erste Briepacketsendung „via Triest“, meldet man der „Austria“ aus Calcutta vom 18. November:

„Die erste Briepacketsendung „via Triest“ nach den nördlichen Ländern von Europa wird von unseren Postbehörden mittelst des am 22. d. M. zu schließenden Felleisens geschehen, durch welches Sie gegenwärtige Zuschrift erhalten werden. Im Anschluß folgt zu Ihrer Kenntnissnahme die Abschrift einer Seitens unseres General-Postamts, gemäß den Anordnungen des (Control?) Bureaus, erlassenen Kundmachung betreffs der Brief-Beförderung auf gedachter Route. General-Postamts-Kundmachung. Es wird hiemit zu Jedermanns Kenntniss gebracht, daß zufolge einer von der Londoner Ober-Postverwaltung erhaltenen Mittheilung, alle in Indien an die Post gegebenen, nach den nördlichen Ländern von Europa bestimmten Briefe, welche ausdrücklich „via Triest“ adressirt sind, hinfür separat werden gepackt werden, damit sie bei der Ankunft in Alexandrien sofort dem alda befindlichen österreichischen Postamt überantwortet werden können. Alle Briefe, die mit den für das österr. Postamt zu Alexandrien bestimmten Felleisen befördert werden sollen, müssen ausdrücklich „via Triest“ adressirt, und der „Rothe Meer-Portofahr“ für dieselben im Voraus entrichtet worden seyn.

(Gezeichnet)  
General-Postamt zu Calcutta W. Taylor,  
am 9. Nov. 1850. General-Postmeister.“

— Der „D. Z.“ wird geschrieben: Schon im Anfang der 30er Jahre ließ Hassenpflug den Fürsten Metternich durch den Gesandten zu Wien um Rath fragen, wie man sich der verhassten Constitution und jener constitutionellen Männer, durch deren Volksgunst die Regierung sich stets compromittirt fühle, entledigen könne. Da hat Metternich geantwortet: „Wenn diese Männer ungeschicklich handeln, so macht ihnen den Prozeß. Hat man aber einmal eine Constitution gegeben, so muß man auch darnach handeln und regieren.“

— In Kalocsa wurde dieser Tage ein Räuber von der Gensd'armerie verfolgt und suchte Zuflucht in einer Hütte, in welcher er sich verbarrikadirte. Da alle Aufforderungen, sein Versteck zu verlassen, fruchtlos blieben, so wurde die Hütte angezündet, und der Uebelthäter dadurch gezwungen, sich den Gensd'armen zu ergeben.

## Deutschland.

**Dresden.** Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ läßt sich von da schreiben:

„Das Ziel der Conferenzen ist einzig und allein eine Revision der Bundesverfassung. Wer glauben wollte, es streben dieselben einen höheren Zweck an, als die reale Wiedervereinigung der durch die Ereignisse der Jahre 1848 bis 1850 theils gelockerten, theils zerrissenen Bande zwischen den einzelnen deutschen Regierungen, würde sich täuschen; am meisten würden aber diejenigen in ihren Hoffnungen betrogen, welche glauben möchten, es werden in Folge derselben Veränderungen in dem äußern Bestande der einzelnen Staaten eintreten. Wir können die Versicherung geben, daß die derzeitigen Karten von Deutschland auch nach Beendigung der hiesigen Conferenzen in Brauchbarkeit bleiben werden. Das nächste Ziel besteht in der Einigung Oesterreichs und Preussens und wird der Natur der Sache gemäß von beiden Mächten zunächst außerhalb der Conferenzen der übrigen Staaten Bevollmächtigten anzubahnen gesucht, daher auch die Einladung des Fürsten von Schwarzenberg nach Berlin. Erst wenn diese Einigung in allen Haupt-Puncten erfolgt ist, werden die eigentlichen Verhandlungen über die Verfassungs-Revision beginnen; inzwischen statten sich die Conferenz-Mitglieder die gegenseitigen Staatsbesuche ab, und die Dresdener Hofcircle bilden den neutralen Boden, auf welchem die Herren Diplomaten ihre Fühler ausstrecken und sich zu orientiren suchen.

Die Dauer der Conferenzen wird nicht so kurz seyn, als man allgemein zu glauben scheint, vielmehr werden sich dieselben — wenn nicht außerordentliche

Zwischenfälle eintreten — mindestens über die Zeit von einigen Monaten erstrecken.

— Bei der Eröffnung der Kammern am 3. d. M. haben sowohl der Präsident der ersten Kammer, Graf Rittberg, als auch der, der zweiten Kammer, Graf Schwerin, sich in einer Weise ausgesprochen, welche nichts weniger, als ein Einverständnis mit der Politik des Ministeriums bekundet. Besonders hat Graf Rittberg sich mit Entrüstung über das unerhörte Verfahren gegen den hessischen Richterstand ausgesprochen.

— Bei den Dresdner Conferenzen haben Versuche Statt gefunden, den Beschluß herbeizuführen, daß der Sitz der Centralbehörde von Frankfurt nach Gotha verlegt werden sollte. Diese Versuche sind aber von der entscheidenden Seite bestimmt zurückgewiesen worden.

— Die Bundesversammlung hat der kaiserlich österreichischen Regierung die Vollmacht ertheilt, die Regelung der kurhessischen und holstein'schen Angelegenheiten nach Maßgabe der Bundesgesetze in eigene Hand zu nehmen. Zugleich wurde die Erwartung ausgesprochen, daß wenn in den Dresdner Conferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die zur Kompetenz der obersten Bundesbehörde gehören, diese der Bundesversammlung vorgelegt werden sollen, um von ihr zu Bundesgesetzen erhoben zu werden.

— Die preuß. Kammern haben am 3. d. ihre ersten Sitzungen gehalten und das nunmehr vervollständigte Ministerium, Hr. v. Manteuffel, der in der Nacht von Dresden zurückgekehrt ist, an der Spitze, wohnte denselben bei. Die gewichtigste Frage, ob die Kammern auf eine Fortsetzung der Adress-Debatte verzichten werden, wurde noch nicht entschieden. In der ersten Kammer dürfte eine Entscheidung zu Gunsten des Ministeriums wenig zweifelhaft seyn.

— In Württemberg haben die vereinigten Centralleitungen des Handels und der Landwirtschaft beschlossen, der Regierung ein Zustimmungsvotum zu geben im Betreff des Anschlusses des Zollvereins an das österreichische Zollgebiet, mit den Uebergangsterminen, wie sie Oesterreich selbst vorschlägt.

— In Berlin erregte in der Sitzung der zweiten Kammer am 3. d. M. ein Urlaubsgesuch des Abgeordneten v. Eisezki viele Heiterkeit, welcher dasselbe dadurch motivirte, daß er glaube, die Kammern würden doch wohl nicht lange beisammen bleiben, daher er die Reisekosten ersparen wolle.

— Nach der „Bos. Ztg.“ wird in Zukunft und zwar für längere Zeit, nach einer Uebereinkunft der preussischen Regierung mit dem Hamburger Senate, in Hamburg eine preussische Besatzung von 1 Bataillon Infanterie, 6 Schwadronen Cavallerie u. 1 halbe Batterie seyn, während das Hamburger Militär preussische Garnisonen beziehen wird.

**Detmold**, 1. Jänner. So eben durchläuft die Trauerkunde die Stadt, daß unser regierende Fürst, Paul Alexander Leopold, um 4 $\frac{1}{4}$  Uhr Nachmittags das Zeitliche gesegnet hat. Er hinterläßt allgemein den Ruhm eines wohlwollenden und gerechten Regenten! Er ward geboren am 6. November 1796, und trat die Regierung an den 3. Juli 1820. Der Erbprinz und nunmehrige regierende Fürst, Paul Friedrich Emil Leopold, ist geboren den 1. September 1821.

## Frankreich.

Die „Patrie“ hatte eine angebliche Instruction des Generals Changarnier veröffentlicht, welche unter andern folgende Artikel enthielt:

„Keiner Requisition ist ohne vorherigen Befehl des Ober-Generals zu gehorchen;“ „Auf die Repräsentanten ist nicht zu achten;“ „Nichts ist bindend, als der Befehl des Ober-Generals und seiner regelmäßigen Agenten;“ „Jede Requisition, Aufforderung oder Verlangen eines civilrichterlichen oder politischen Beamten ist strengstens zurückzuweisen.“ Ueber diese Instructionen interpellirte Herr Napoleon Bonaparte, Cousin des Präsidenten, das Ministerium in der Sitzung der Assemblée vom 3. d. M. Um-

sonst begehrt die Minister General Schramm und Herr Baroche die Verschiebung der Interpellationen auf den 6. oder auch nur auf den 4. Die Assemblée beschloß, daß die Interpellation unmittelbar vor sich gehen sollte. General Changarnier, den die Sache persönlich interessirte, bestieg die Tribüne und erklärte, daß die von der „Patrie“ veröffentlichte Instruction nie existirt habe und daß er stets bereit sey, sich den Befehlen der Assemblée zu fügen. Diese gab über diese Erklärung ihren lauten Beifall zu erkennen, und ging mit ungeheurer Majorität zur einfachen Tagesordnung über. Die Minister erlitten eine große Demüthigung, indem die Kammer ihnen nicht einmal einen 24 stündigen Aufschub der Interpellation bewilligen wollte, und man sah einer Demission in Masse entgegen, die bereits erfolgte.

## Schweden.

**Stockholm**, 27. December. Der Bürgerstand hat in seiner Plenarsitzung vom 21. December den die Einführung einer Repräsentativ-Verfassung betreffenden Vorschlag mit 33 gegen 19 Stimmen angenommen. Da der Vorschlag, nachdem er höchsten Orts, von wo er ausgegangen, aufgegeben worden, noch von den drei andern Ständen verworfen, so ist die Abstimmung des Bürgerstandes ohne directe politische Einwirkung. Vore erklärte ausdrücklich, daß der Bauernstand den Repräsentations-Vorschlag nicht als zu liberal, sondern als zu wenig liberal verworfen. — Der im Ritterhause eingebrachte Antrag Liljenstolpe's über Juden-Emancipation verlangt für die Juden die den andern, nicht zur lutherischen Staatskirche gehörenden Schweden gewährten Rechte.

## Neues und Neuestes.

**Wien**, 8. Jänner. Die heute von der „Nst.-D.-Post“ gebrachte Nachricht, daß General Bem am 10. December zu Aleppo gestorben sey, wird durch ein verlässliches Schreiben aus Konstantinopel bestätigt, worin jedoch der Todestag mit dem 14. Dec. bezeichnet wird.

**Genua**, 2. Jänner. Das hier erscheinende amtliche Blatt bringt etliche Angaben über die am Neujahrsstage Statt gehabte unruhige Bewegung. Es erwähnt, daß die Ursachen des Complots noch unbekannt seyn. Von der einen Seite wurde mit Steinen geworfen, von der andern wurden die De-gen gezogen. Es gab mehrere Verwundete. Die Sache hätte sich noch viel ernsthafter gestalten können, wenn nicht die öffentlichen Sicherheitsbehörden, die königl. Carabiniere und die Nationalgarde sich sofort auf dem Platze eingesunden hätten. (Nach telegraphischen Meldungen haben sich die unruhigen Auftritte am nächstfolgenden Tage wieder erneuert, wurden jedoch gleichfalls bald niedergeschlagen).

— Der „Moniteur du Soir“ veröffentlicht folgende Ministerliste: Dilon Barrot, Justiz; Leon Faucher, Inneres; Daru, öffentliche Arbeiten; H. Fortoul, Unterricht; Dr. Flavigny, Auswärtiges; Passy, Finanzen; Romain-Desfosses, Marine.

### Telegraphische Depeschen.

— **Berlin**, 7. Jänner. In heutiger Sitzung der zweiten Kammer wird bei der Adress-Debatte der Uebergang zur einfachen Tagesordnung mit 147 gegen 141 Stimmen angenommen.

— **Dresden**, 7. Jänner. Fürst Schwarzenberg's Abreise ist abermals verschoben worden, da vollkommene Uebereinstimmung erst zu bewerkstelligen ist. Die zweite Conferenz-Commission hielt heute Sitzung.

— **Paris**, 5. Jänner. Paris ist ruhig, die Minister-Krise noch unbeeendet. Noch bringt der Moniteur das Motiv der Demission nicht. Napoleon beehrte die Dotation, Changarnier's Absetzung und die Wahrung des Ansehens der Executiv-Gewalt; dazu soll das neue Ministerium sich verstehen. Auch Carlier soll seine Entlassung nehmen wollen. Die „Patrie“ hat Changarnier's demotionellen Tagesbefehl vollständig abgedruckt.

